

tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität
Ausgabe 40 · Frühjahr 2007 · Kostenlos

... UND WENN ER KOMMT ...



... DANN LAUFEN WIR

DENN DER NÄCHSTE KOMMT ERST MORGEN

INHALT

- Nachts um 10 vor 10: Nahverkehr**
Seite 3-4
- Heuschrecken in Solingen Teil I:
Die Buchhandlung Thalia**
Seite 5
- Gedenken an die Morde am Wenzelnberg**
Seite 6
- Hintergründe zum Kissel-Geburtstag**
Seite 7-10
- Gegen das Vergessen:
Mahnmal für ermordete Sinti**
Seite 11
- Neues von der ARGE und Hartz IV**
Seite 12
- Für das ganze Bleiberecht**
Seite 13
- Landschaftsbeirat: Naturschützer trotzen
selbstherrlichem Politiker**
Seite 14
- Die Rechtfertigungsmaschine**
Seite 15

„Kalte Aussichten“ – trotz Erderwärmung

Nun, liebe Leserinnen und Leser, jetzt haben wir endlich wieder Frühling, ... oder schon, ...oder noch, ... oder so ähnlich, oder ... Die Vögel zwitschern schon wieder früh am Morgen, die Bienchen summen, die Tulpen sprießen. Ein paar Wochen zu früh im Jahr grüßt nicht nur der Lenz, sondern mit ihm auch noch alle möglichen KlimaforscherInnen und WetterexpertInnen. Uns bleibt dazu leider nichts anderes zu sagen, als dass wir (mit ein paar wenigen anderen kritischen Köpfen) es immer schon gesagt haben und das nicht nur einmal. Berichten mittlerweile auch die Mainstream-Medien über die nicht mehr zu leugnenden dramatischen Auswirkungen unserer Wohlstandsemissionen, war dies vor wenigen Jahren lediglich ein Thema, welches irgendwelchen linken Spinnern und zwanghaften Ökoneurotikern (also uns!) zugeschoben und dann noch als Skandalisierung empfunden wurde. Die sehr späte Einsicht, dass wir – die Menschen der Industrienationen – unsere Emissionen um 80 % reduzieren müssten, damit die Katastrophe in 60 Jahren nicht noch dramatischer ausfällt (als dies vom heutigen Stand aus zu erwarten ist), diese Einsicht setzt sich leider bei der kommunalen Verwaltung und Politik nicht wirklich durch. Angesichts der erheblichen Kürzungen im Öffentlichen Personennahverkehr haben wir sogar den Eindruck, dass hier die VolksvertreterInnen immer noch nicht den „Knall“ gehört haben. Wir können nur empfehlen: Hört ein wenig mehr auf uns, (wir haben übrigens auch schon vor über zehn Jahren über Herrn Kissel ein paar Wahrheiten veröffentlicht, die damals als „exotisch“ galten und heute zum „Alltagswissen“ eines jeden Lokalredakteurs gehören...)

die tacheles-Redaktion

(auch als linke Besserwisserin bezeichnet)

Zitat des Quartals:

„Man muss da sicherlich nicht hin. Aber man darf dort hin.“
Ulrich Uibel auf die Frage, ob er verpflichtet war, zum Kissel-Geburtstag zu gehen, lt. ST 17.1.07

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3.000
Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen, Fax: 0212 / 1 71 98, tachelesSG@wtal.de
www.tacheles-solingen.de

Druck: Ordensgemeinschaft – Beschäftigungshilfe Düsseldorf, Römerstr. 9, 40476 Düsseldorf, (0211 / 44939870)

ViSDP und Herausgeber: Frank Knoche c/o Cafe Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen

Bankverbindung: SEB, BLZ 330 101 11, Kontoinhaberin: Pauline Ehl, Konto-Nr.: 297 349 6300

Fotos & Layout: Heinz Mähner



13 Euro für ein Jahr
tacheles frei Haus -
oder das Förder - Abo
für 20 Euro, also
praktisch geschenkt!

SEB
BLZ 330 101 11
Konto 297 349 6300
Kontoinhaberin ist Pauline Ehl
Stichwort **tacheles-Abo**

Wir haben es nötig!



NACHTS UM 10 VOR 10

Einschneidende Kürzungen beim abendlichen und morgendlichen Busverkehr geplant

Die große Koalition aus CDU und SPD fährt konsequent fort, ihren Sparwillen bei den Schwächsten in der Stadt zu exekutieren. Zunächst wurde beschlossen, die Grundschule Wittkulle zu schließen. Zur Begründung wurde behauptet, es gäbe in nächster Zukunft ein Überangebot an Grundschulräumen. Inzwischen wird immer klarer, dass die Realität an den Schulen ganz anders aussieht. Ziel bleibt dennoch, ca. 1,1 Mio. Euro jährlich bei den Schulen einzusparen.

Dann entschied die Koalition die Schließung der Städtischen Kindertagesstätte Altenhofer Straße und die Streichung der Sonderförderung für neun KiTas. Die Begründung dafür waren künftig sinkende Kinderzahlen. Auch dabei ließ man sich nicht von der Realität beirren: Es ist unbestreitbar, dass Solingen die Kindertagesstätten, die hier zur Aufgabe veranlasst werden sollen, dringend braucht. Sie sind notwendig, um den in Solingen skandalös niedrigen Betreuungsgrad für die unter-3-Jährigen (zurzeit 2%) den gesetzlichen Anforderungen anzupassen. Ziel von CDU und SPD bleibt dennoch, die Axt an die Solinger Kindertagesstättenstruktur anzulegen und 562.500 Euro jährlich bei der Kinderbetreuung einzusparen.

Jetzt holt man zum dritten großen Schlag aus: Auf Initiative der CDU hatte sie mit der SPD 2006 beschlossen, 1 Mio. Euro jährlich beim städtischen Busangebot einzusparen. Dabei wurde der Zuschuss zum Nahverkehr in den vergangenen Jahren schon um ca. 7 Mio. Euro jährlich reduziert. Die Stadtwerke legten daraufhin einen Vorschlag vor, 310.000 Euro jährlich beim Spätverkehr und beim samstäglichen und sonntäglichen Frühverkehr einzusparen. Der eigentlich zuständige Stadtplanungsausschuss (ASVU) und die Bezirksvertretungen (BVs) wurden dabei erst nachträglich informiert. Ab 21.50 Uhr soll nur noch mit einem stark eingeschränkten Fahrplan gefahren werden. Heute fahren die meisten O-Buslinien werktags bis 1.00 Uhr im Halbstundentakt, die Dieselbuslinien werden bisher bis gegen 23.00 Uhr befahren, z.T. auch noch weit danach. Künftig sollen nach 21.50 nur noch fünf Nachtexpressbuslinien auf veränderten und eingeschränkten Linienwegen im Stundentakt fahren.

Auf Proteste der grün-offenen Ratsfraktion und der Bezirksvertretungen hin wurde der Plan ein wenig verändert. Jetzt wird in mehreren hektisch zusammen gezimmerten Ergänzungen vorgeschlagen, das Klinikum mit seinen zahlreichen MitarbeiterInnen, die in Spät- und Frühschicht arbeiten, doch noch



anzufahren. Die Linien Hossenhau/Katternberg und Eigen/Altenhofer Str./Haaner Str. sollen mit Sammeltaxilinen befahren werden. Auch die Strecke Graf-Wilhelm-Platz/Höhscheid soll jetzt mit einer Anrufsammeltaxilinie befahren werden und nicht mehr – wie ursprünglich vorgesehen – nur noch mit einem Umweg über Aufderhöhe befahrbar sein.

Lange Wartezeiten, wichtige Wohngebiete abgeschnitten, Schichtarbeiter ohne Anschluss

Wichtige Wohnbereiche sollen jedoch trotz der Nachbesserungen nach 21.50 Uhr gar nicht mehr angefahren werden: so u. a. Klin-

genstraße/Meigen, "Am Frühling" in Aufderhöhe, Wipperauer Str./Rupelrath/Leichlingen und Talblick/Haan.

Der Ersatz durch Anrufsammeltaxen wirft viele Probleme auf: RollstuhlfahrerInnen bleiben grundsätzlich davon ausgeschlossen. Wenn mehr als fünf Fahrgäste mitfahren wollen, müssten sie auf ein weiteres Taxi warten, dann ist der Anschlussbus aber weg usw.

Mit viel Geld wurden die Bahnhöfe neu gebaut bzw. ausgebaut. Jetzt werden die Anschlüsse zwischen den Zügen der Bahn und den Bussen massiv verschlechtert. Die Bahn fährt abends im Halbstundentakt, alle Busse künftig ab 21.50 nur noch im Stundentakt. Auch die Anschlüsse zwischen den Bussen werden oft nicht mehr funktionieren. Lange

Preise erhöhen – am Service sparen Preisentwicklung im Nahverkehr (VRR/SWS)

	1991	1996	2006	2007
Kurzstr. Erw.		1,90 DM	1,10 €	1,10 €
Preisst. A Erw.		3,00 DM	2,00 €	2,10 €
Preisst. B Erw.		5,60 DM	3,80 €	4,00 €
Preisst. C Erw.		11,40 DM	8,00 €	8,70 €
Ticket 2000 A	59,00 DM	77,00 DM		56,15 €
Ticket 2000 B	89,00 DM	114,00 DM		81,15 €
Ticket 2000 C	120,00 DM	152,60 DM		110,30 €



Geplant: Kein Bus mehr im Wohngebiet Klingenstraße/Meigen nach 21.50 Uhr.

Wartezeiten von bis zu einer Stunde werden nicht nur an den Umsteigepunkten die Folge sein.

Die Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben (das Kino, die VHS-Veranstaltung ist nicht immer um 21.40 zu Ende) wird für große Teile der Bevölkerung entweder massiv erschwert, oder noch mehr Menschen werden gezwungen, wegen der nicht mehr funktionierenden Spätbedienungs auf Auto umzusteigen. Junge Leute werden im Spätverkehr verstärkt auf alkoholisierte Autofahrten oder auf gefährliche lange nächtliche Spaziergänge ausweichen.

Samstags vor 8.50 Uhr und sonntags vor 9.50 Uhr soll ebenfalls nur nach dem stark eingeschränkten Nachtnetz gefahren werden. Die Taktausdünnung und die Abkoppelung von wichtigen Wohnbereichen und Arbeitsstätten treffen besonders die SchichtarbeiterInnen.

Beschluss ohne Bürgerbeteiligung, Fahrgastzählungen, Fahrplan und Nahverkehrsplan

CDU, SPD, FDP, BfS und FBU stimmten am 5.2. im ASVU gegen die Grünen für die Kürzung der Busleistungen um 310.000 Euro jährlich. Lediglich im Rahmen dieser Kürzungssumme sollen die Bezirksvertretungen noch Änderungsvorschläge zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 19. März machen dürfen; es bleibt zu hoffen, dass dabei wenigstens die um 21.50 vorgesehene Fahrplanumstellung zeitlich nach hinten geschoben werden kann.

Dabei hatte es zuletzt von verschiedenen Seiten deutlichen Widerspruch gegeben: Die Bezirksvertretungen Mitte und Gräfrath forderten eine Vertagung des Beschlusses. Die Gewerkschaft ver.di, der Seniorenbeirat und der VCD protestierten.

Die Stadt ist eigentlich gesetzlich verpflichtet, alle fünf Jahre einen Nahverkehrsplan vorzulegen. Der erste Nahverkehrsplan wurde in 1997 verabschiedet, bis heute wurde kein weiterer beschlossen. CDU und FDP und

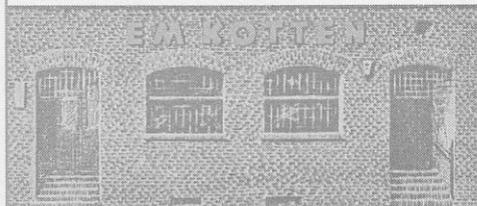
später CDU und SPD haben ihn absichtlich hinausgezögert, weil sie keine Attraktivierung, sondern einen Abbau des Nahverkehrs wollen. Ende 2003 wurde ein zweiter Nahverkehrsplan, der von einem Gutachterbüro zusammen mit der Verwaltung erstellt wurde, in den Bezirksvertretungen und im Stadtplanungsausschuss diskutiert. Im Februar 2005 wurde dieser in einer Bürgerbeteiligung vorgestellt, darin waren keine Kürzungen im Spät- und Frühverkehr vorgesehen. Nachdem CDU und SPD im Februar 2006 beschlossen, eine weitere Millionen Euro jährlich im Nahverkehr einzusparen, wurde im ASVU die Verwaltung beauftragt, Fahrgastzählungen in den Diesel- und O-Bussen durchzuführen.

Das Ergebnis des Auftrages für Fahrgastzählungen der Dieselfusse fehlt nach wie vor. Ein Fahrplan, in dem man die künftigen Wartezeiten sehen könnte, wird nicht vorgelegt. Der neue Nahverkehrsplan müsste eigentlich zusammen mit evt. Kürzungen im Angebot vorgelegt und diskutiert werden, diese werden jedoch jetzt im Vorgriff im Handstreich beschlossen. Vor dem Beschluss zum Abbau des Angebotes müssten die BürgerInnen über die jetzt vorgelegten Kürzungsabsichten angehört werden.

Die Verkehrsemissionen stellen einen großen Anteil an den CO₂-Emissionen. Die Stadt treibt mit ihrer Politik noch mehr NutzerInnen von Bus und Bahn zum Umsteigen auf den PKW. Statt einer massiven Einschränkung des Angebotes brauchen wir eine Attraktivierung des Nahverkehrs, um als Stadt unseren Beitrag zur Bekämpfung der Klimakatastrophe zu leisten.

Dietmar Gaida

EM KOTTEN



Live Veranstaltungen

03.03.07 20 Uhr

Live Veranstaltung
Mit 4 UGLY DAUGHTERS

10.03.07 20 Uhr

Live Veranstaltung
THE CLASS feat. PETER JAGGER

16.03.07 20 Uhr

Live Veranstaltung Karaoke Show
EINTRITT FREI!

17.03.07 20 Uhr

Live Veranstaltung
FREE KINGS + TOO DUMB TO LIE

Neumarkt 9

42651 Solingen

Tel.: 0212-15582

weitere Infos unter

www.em-kotten.de



HEUSCHRECKEN IN SOLINGEN

Teil 1: Die Buchhandlung Thalia

„Wenn ich von einem Bestseller-Buch auf der Spiegel-Liste 40 Exemplare pro Jahr verkaufe, dann verkauft Thalia den gleichen Titel ein ganzes Jahr 20 mal pro Tag.“ Mit diesem Vergleich macht ein Solinger Buchhändler den Größenunterschied zwischen seiner Buchhandlung und der Buchhandlung Thalia in der Clemens-Galerie deutlich. Dieser Vergleich erschlägt. Er ist jenseits von David und Goliath. Das sind Mini-David und Maxi-Goliath.

Doch wer ist Thalia?

Seit rund zehn Jahren erwischt es die deutschen Einzelbuchhändler. Wie Heuschrecken überfallen große Buchhandelskonzerne Klein- und Mittelstädte und fressen dort den kleinen traditionellen Buchhandlungen die letzten Grashalme weg. Wer sind sie? An erster Stelle steht die Katholische Kirche mit Kardinal Lehmann als Vorsitzendem der Deutschen Bischofskonferenz. Wie bitte, die Katholische Kirche? Ja, denn sie beherrscht die DBH-Buchhandelskette mit den Buchhandlungen Weltbild, Wohlthat und Hugendubel. Und schon an zweiter Stelle kommt die Buchhandelskette Thalia. Thalia ist eine Tochter-GmbH der Einzelhandelskette Douglas (Parfüm) mit einem Jahresgewinn von 140 Mio. Euro. Thalia besitzt inzwischen 173 Buchhandlungen und erwirtschaftet bei einem Umsatzplus von knapp 20 Prozent einen Jahresumsatz von 400 Mio. Euro. Thalia schluckte in seiner maßlosen Gier in den letzten Jahren die folgenden Buchhandlungen: Bouvier, Campe, Kober-Löffler, Grütten und Buch & Kunst. Inzwischen beherrscht Thalia 6 Prozent des deutschen Buchhandelsmarktes.

Über Thalia schreibt das Börsenblatt für den deutschen Buchhandel: „Mittelständische Buchhandlungen haben einen schwierigen Stand, wenn sich Thalia in ihrer Stadt niederlässt. Einige schließen, noch bevor Thalia geöffnet hat, um nicht in einen kostenintensiven Wettbewerb zu treten; dafür würden die ‚Kriegskassen‘ in den seltensten Fällen reichen.“

Was heißt das für Solingen?

Mit der Eröffnung der Clemens-Galerien 2000 holte der holländische Erstinvestor die Buchhandelskette Thalia in den neuen Solinger Konsumtempel. Zwar hatten auch Solinger Buchhändler

ihr Gebot für eine neue Buchhandlung in den Clemens-Galerien abgegeben, aber deren Briefe wurden nicht einmal beantwortet. So ist das eben mit einem „kostenlosen“ Investor.



Der ist an Quadratmetern Verkaufsfläche, Rabattstaffeln, Vertragsbindungen mit Großunternehmen für viele Einkaufszentren und schneller Umsatzgeschwindigkeit von Konsumgüterprodukten interessiert,

nicht aber an Solingen. Von seiner betriebswirtschaftlichen Logik her muss er sich für Filialisierung interessieren, also eine Kettenbildung quer durch Deutschland, nicht aber für eine kommunale Ökonomie.

Seit es Thalia in Solingen gibt, sind die Buchhandlungen Bücher-Bäcker in der Hauptstraße und Tüchmantel am Graf Wilhelm-Platz verschwunden, hat außerdem die Buchhandlung Wolf ihre Filiale am Fronhof schließen müssen. So gibt es zur Zeit noch folgende Buchhandlungen in Solingen. In der Innenstadt sind dies: Thalia, Weltbild, Hemp, Wolf, Schreibstube Böhler und der Bertelsmann-Buchclub. Im Stadtteil Wald gibt es die Evangelische Bücherstube und Bücherwald, in Ohligs findet man die Buchhandlungen Jahn, Wolf, Ingo, Kiekenap und Falter im Hauptbahnhof.

Sicherlich, es gibt neben dem Faktor Thalia weitere Faktoren, warum der Buchhandel enorme Probleme hat: zunehmender Buchverkauf über das Internet, abnehmendes Leseinteresse der Jugend, starke Teuerungsraten seit Einführung des Euro, abnehmende Kaufkraft vieler Arbeitnehmer, verschärfte Richtlinien für die Kreditvergabe der Banken an den Mittelstand seit dem Basel II-Abkommen und weiterer Kaufkraftabfluss von Solingen in andere Städte.

Wie der gesamte Einzelhandel in der Innenstadt, so haben auch die Buchhändler dort seit vielen Jahren einen Umsatzrückgang zwischen 20 und 40 Prozent. Das geht an die Substanz. Das bedeutet Entlassung von Mitarbeitern. Das bedeutet Steuerrückgang. Das bedeutet weniger Kaufkraft. Das bedeutet noch weniger Buchhandlungen. Eine tödliche Abwärtsspirale...

Mögen einige Probleme der Buchhandelsbranche andere als Solinger Gründe haben, so ist die Buchhandlung Thalia ausschließlich das hausgemachte Problem der Solinger Politiker, die die Clemens-Galerien zu verantworten haben. "Die Buchhandlung Thalia erwirtschaftet den gleichen Umsatz wie alle anderen Solinger Buchhandlungen zusammen", so bringt ein anderer Solinger Buchhändler den Vergleich zwischen Mini-David und Maxi-Goliath gut auf den Punkt.

Jörg Becker

MESSE
STÄNDE

Planung
Gestaltung
Ausführung
Mietmöbel
Grafik

Systembau
Konventionell
Kombiniert

alfa

alfa Messebau
Obere Holzstraße 14
42653 Solingen
Tel.: (02 12) 31 06 61
Fax: (02 12) 31 15 59

DIE MORDE AM WENZELNBERG DÜRFEN NICHT VERGESSEN WERDEN

Am 22. April 2007 findet um 11.00 Uhr eine Gedenkveranstaltung, getragen von den Nachbarstädten und der VVN/BdA, am Mahnmahl Wenzelnberg in Langenfeld statt. Die Teilnehmer treffen sich um 10.30 Uhr am Hotel Lohmann, um gemeinsam zu der Feierstunde zu gehen.

Vor 62 Jahren, am 13. April 1945, geschah hier eines der größten Verbrechen zum Kriegsende an der Grenze zu Solingen. 71 Gefangene aus dem Zuchthaus Remscheid-Lüttringhausen und dem Polizeigefängnis Wuppertal wurden am Wenzelnberg er-



Solinger Nazis müssen auf Anordnung der Alliierten die Leichen der 71 kurz vor der Befreiung vom Nazi-Regime Ermordeten exhumieren und vor dem Ohligser Rathaus beisetzen. In den 60er-Jahren wurden die sterblichen Überreste zum Wenzelnberg zurücküberführt.

Foto: Stadtarchiv Solingen

nonpd
NPD-Verbot jetzt!

www.npd-verbot-jetzt.de

**60 Jahre VVN/BdA-NRW
konsequent antifaschistisch**

Informationen bei:

Hans-Günter Koch Tel. 0212/31 81 30

oder

www.nrw.vvn-bda.de vvn-bdanrw@freenet.de

schossen und im Sand verscharrt. Die Ermordeten sollten als Zeugen für das verbrecherische Naziregime und als mögliche Aufbauhelfer eines demokratischen Deutschlands ausgeschaltet werden. Mit Hilfe von Anwohnern und Solinger Antifaschisten wurde das Verbrechen aufgedeckt und den amerikanischen Alliierten, die zwei Tage später Solingen von der Naziherrschaft befreiten, gemeldet.

Bekannte Ohligser Nazis mussten die Leichen bergen. Sie wurden vor dem Ohligser Rathaus aufgebahrt. Die Bevölkerung wurde von den Amerikanern angehalten, den Ermordeten die letzte Ehre zu erweisen und von dem Verbrechen Kenntnis zu nehmen. Anschließend wurden die Opfer in einer Grabanlage vor dem Ohligser Rathaus beerdigt. In den 60er Jahren wurden die sterblichen Überreste der Opfer von dort zum Wenzelnberg überführt. Angeblich mussten sie der Straßenerweiterung weichen.

Die Täter des Verbrechens wurden nie zur Rechenschaft gezogen.

VVN-BdA Solingen



HINTERGRÜNDE ZUM KISSEL-GEBURTSTAG

Man konnte bei einigen Ratsmitgliedern die Zähne knirschen hören; als sich das Kommunalparlament einstimmig von den „revisionistischen“ Anschauungen des Günther Kissel distanzierte und sich in Abgrenzung von diesem einflussreichen größten Solinger Bauunternehmer eindeutig zu Verantwortung und Schuld der NS-Herrschaft an Krieg, Völkermord und Vertreibung bekannte und sich dabei auf die Seite der Opfer und Verfolgten stellte. Diese erste Verurteilung der „Äußerungen und Handlungen von Günther Kissel“, durch ein offizielles Gremium der Stadt, war seit mehr als dreißig Jahren überfällig. Trotzdem gilt auch hier: Besser spät als nie!

Auch wenn die Ratserklärung hätte eindeutiger und schärfer ausfallen können und es vor allem seitens der CDU nicht solche eines Parlamentes unwürdige Vorbedingungen gegeben hätte, wie die Verabschiedung dieser Ratserklärung ohne Diskussion, so ist diese einstimmige, gemeinsame Erklärung doch ein großer Erfolg in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Mit seiner als politische Demonstration inszenierten Geburtstagsfeier hatte der Regisseur Kissel mit Oberbürgermeister Haug, Bürgermeister Bertenburg, Ex-OB-Uibel, SPD Fraktionschef Lauterjung, Bezirksvorsteherin Eva Nagy, sowie dem Landtagsabgeordneten Westkämper zunächst willige Mitspieler gefunden, die ihre zugeordneten Rollen selbst dann noch ausfüllten, als sie sich in Gesellschaft übelster Volksverhetzer, Holocaustleugner und Ikonen der Naziszene wiederfanden. Kissels Triumph schien perfekt. Mit der einmütigen Ratserklärung jedoch wurde er, wie es auch die Solinger Morgenpost formulierte, zum „Verlierer“ der Auseinandersetzung. Ein klassischer Pyrrhussieg. Ähnlich dem, den er sich 1997 einhandelte, als er die Staatsanwaltschaft veranlasste, gegen unsere „tacheles“ wegen Beleidigung seiner Person vorzugehen und sich als Ergebnis einhandelte, dass er höchstrichterlich bestätigt als „Volksverhetzer, Auschwitzleugner und rechtsextremistischer Drahtzieher“ bezeichnet werden darf. Nur diesmal waren es nicht einige wenige FeierabendredakteurInnen, sondern der gesamte Stadtrat, der sich mit Kissel anlegte.

Wem im Übrigen die Erklärung des Rates nicht konsequent genug war, der sollte sich nur einmal vorstellen, wer triumphiert hätte, wenn es keine solche, oder eine von CDU, SPD und FDP verabschiedete Erklärung gegeben hätte, in der der Name Kissel überhaupt nicht mehr vorkäme und vor allem der Linksradikalismus verurteilt worden wäre. Solche Resolutionsentwürfe hat es im Vorfeld der Ratsentscheidung



Oberbürgermeister Haug besucht Kissel.

gegeben. Ebenso eine Formulierung, wonach „vor dem Hintergrund der NS-Zeit“ Extremismus von rechter und linker Seite verurteilt werden sollte, was bedeutet hätte, dass Opfer zu Tätern erklärt worden wären, dass Links- und Rechtsradikale gleichermaßen Schuld an den Verbrechen der Nazidiktatur waren. Eine selbstgerechte Verklärung der Geschichte, in der das Versagen der bürgerlich-konservativen Parteien und die Rolle der Industrieverbände als Steigbügelhalter und Finanziere der NSDAP völlig ausgeblendet worden wäre.

Natürlich hätten es einige Kritiker sowohl von linker wie auch von rechter Seite gerne gesehen, wenn dieser Stadtrat sich in Mehrheit mit solchen unangebrachten und das Problem verdrängenden Erklärungen demaskiert und blamiert hätte. Die Frage ist nur: Wem hätte das genutzt?

Die vehemente Gegenreaktion der Öffentlichkeit, an der dieses Medium „tacheles“, der „Solinger Appell“ und die „Grünen“, die an ihren Resolutionstext noch acht Seiten Begründung mit den „gesammelten Entgleisungen“ von Günther Kissel anhängten, keinen geringen Anteil hatten, war erstaunlich. Die Medien berichteten äußerst kritisch und in der SPD rummte es derart gewaltig, dass einige nicht gerade unbedeutende Genossen ein Parteiverfahren für Lauterjung und Uibel forderten, was schließlich mit einer einstimmigen Rüge des Unterbezirksvorstandes abgewendet wurde.

Mit der Ratserklärung sind jedoch längst nicht alle Fragen geklärt. Im Gegensatz zu Lauterjung und Haug zeigen der CDU-Landtagsabgeordnete Westkämper, die CDU-Bezirksvorsteherin von Mitte Eva Nagy, Bürgermeister Eugen Bertenburg (FDP) und SPD-Ratsmitglied Uli Uibel keine Spur von Selbstkritik. Von Westkämper heißt es, dass er jederzeit wieder Kissel gratulieren würden und U-

Zitate und Handlungen

Günther Kissel:

Ein Holocaustleugner, der seine Firmen für seine rechtsextreme Propaganda nutzt

„Die Waffen-SS war eine Elitetruppe der Wehrmacht und wurde oft in schwierigen Situationen eingesetzt. Sie hat durch die Schwerpunkteinsätze den höchsten Blutzoll im Kriege zahlen müssen. Es ist beschämend, wie das Vaterland dies nach dem Kriege gedankt hat.“ (Leserbrief von Günther Kissel in der Solinger Morgenpost vom 28.06.79 zur Rechtfertigung eines „HIAG/SS-Stammtisches“.)

Am 25. September 1979 lud Günther Kissel zu einem Vortrag des britischen „Historikers“ und Holocaust-Leugner David Irving in den Bauhof der Firma Kissel Rapid ein. 250 Bürger kamen, unter ihnen sechs Ratsmitglieder der CDU. Irving „beeindruckte“ sein Publikum „mit der spektakulären Behauptung“: „Ich gebe jedem tausend Dollar, der mir in Dokumenten beweist, daß Hitler von den Konzentrationslagern wie Treblinka und der gleichen gewußt hat – bisher ist es noch keinem gelungen.“ (ST, 18.10.1979)

„David Irvings Thesen stießen bei den Anwesenden nicht auf Widerspruch“ (ST, 18.10.1979)

Am 6. Februar 1984 und im Juni 1984 schreibt Kissel auf einem Kissel-Rapid-Briefbogen an den Justizminister des Landes Schleswig-Holstein und den Leiter der JVA Flensburg in der „Gnadensache Thies Christophersen“: „Auch als Inhaber einer renommierten Bauunternehmung, der für das Schicksal von 140 Mitarbeitern in dieser schwierigen Wirtschaftsphase verantwortlich ist, pflege ich, mich mit diesen Problemen sehr ernsthaft zu beschäftigen.“ Er bezeichnet den wegen Holocaust-Leugnung verurteilten Christophersen, den ehemaligen SS-Sonderführer mit Standort Auschwitz und Herausgeber des Buches „Die Auschwitzlüge“ als einen „gebildeten, honorigen und außerordentlich charaktervollen Menschen“. „Er war Nationalsozialist und bekennt sich heute noch dazu. Nun, da kann man drüber denken wie man will, ein Staatsverbrechen kann dies sicherlich nicht sein, wenn das Grundgesetz freie Meinungsäußerung jedem Bürger zubilligt“, schreibt Kissel.

Kissels Leserbrief vom 07. März 1994, geschrieben auf Firmenbriefkopf: „Ich werde die Sponsorentätigkeit auf eine andere

Stadt verlagern müssen?“ Damit droht Kissel OB Kaimer und MdB Bertl, die ihn wegen seiner politischen Aussagen kritisiert haben.

01.10.1994: Im „Anzeiger der Notverwaltung des Deutschen Ostens im Deutschen Reich“ erscheint eine Einladung des „Vereins Gedächtnisstätte“ aus Vlotho: „Der Verein lädt Mitglieder, Freunde und Förderer ein zu einer Hauptversammlung (...) in den Räumen der Firma Kissel-Rapid ein“. Es geht um eine Gedächtnisstätte allein für die deutschen Opfer des II. Weltkrieges.

„Die Polizei bestätigte nach umfassenden Recherchen Verbindungen des Vereins ‚Gedächtnisstätte‘ zu Neonazi-Kreisen. Inoffiziellen Informationen zufolge soll gegen Grundstücksbesitzer Ludwig Limmer in diesem Jahr wegen Volksverhetzung ermittelt worden sein. Man habe Zeitschriften bei ihm gefunden, in denen der Holocaust geleugnet wird, hieß es. Zugleich bestätigten sich Erkenntnisse des sächsischen Innenministeriums, wonach Limmer enge Kontakte zu dem früheren Jagdflieger und heutigen Neonazi-Verteidiger Hajo Herrmann unterhalte. Der greise Ritterkreuzträger hatte Recherchen zufolge die Idee für eine zentrale Kriegsoffer-Gedenkstätte, um die sich der Verein seit seiner Gründung 1992 bemüht. ‚Nach allem, was wir über den Verein und dessen Verbindungen zu Rechtsextremisten wissen, sind sich Polizei und Verfassungsschutz einig, dass dieses Denkmalvorhaben auf jeden Fall verhindert werden muss‘, betonte gestern der Chef der Polizeidirektion Westsachsen, Bernd Merbitz. ‚Die Leute, mit denen wir es hier zu tun haben, sind keine Skinheads. Das sind rechte Intellektuelle, die sehr geschickt vorgehen, um ihr Denkmalprojekt durchzusetzen.‘“ (Leipziger Volkszeitung, 16.12.2005)

„Ein langjähriger Weggefährte Kissels kam ebenso zur Feier: Hajo Herrmann (90), ehemaliger Jagdflieger und Göring-Vertrauter. Der Düsseldorfer Rechtsanwalt hat in den 70er und 80er Jahren viele Alt- und Neonazis, Holocaustleugner und Rechtsextremisten wie Ernst Remer, David Irving und Fred A. Leuchter verteidigt. Herrmann zählt wie Kissel, die Meerbuscherin Gisela Limmer und der Hamburger Wolfram Schiedewitz (alle waren am Samstag in Landwehr) zum erweiterten Vorstands- und Sponsorenkreis des ‚Vereins Gedächtnisstätte‘. Dieser äußerst umstrittene Verein hat in Borna bei Leipzig eine Gedächtnisstätte für deutsche Kriegsoffer errichtet und will dort ein Dokumentationszentrum schaffen. Ins Leben rief den



CDU-Bezirksvorsteherin Nagy (Mitte) übergibt einen extra großen Blumengruß.

bel fragt sich, warum sich jetzt alle aufregen würden, obwohl sich doch damals keiner aufgeregt hätte, als er Kissel zum achtzigsten Geburtstag gratuliert habe. Frau Nagy verteidigte ihre Kissel-Gratulation damit, dass sie in ihrer Funktion als Bezirksvorsteherin auch keinen Unterschied zwischen katholischen und evangelischen Geburtstagskindern machen würde, ganz so als wenn dieser Unterschied der gleiche wäre wie der zwischen Nazis und Demokraten. Bertenburg und die FDP halten sich völlig bedeckt, außer dass sie einen kritischen Offenen Brief der Wuppertaler FDP zur Kissel-Feier als unzulässige Einmischung in Solinger Angelegenheiten zurückweisen. Über solche Positionen kann nicht milde hinweggesehen werden.

Fraglich ist ebenfalls die Darstellung des Oberbürgermeisters, dass er keiner persönlichen Einladung von Kissel, sondern einer Einladung der Kissel-Gruppe als Unternehmen gefolgt sei. In einem Brief der Geschäftsleitung der Kissel-Gruppe an den DGB-Vorsitzenden Hans Peters bestätigt Dr. Zimmermann allerdings, dass es sich um eine persönliche „Einladung unseres 90-jährigen Gesellschafters zu einer Geburtstagsfeier“ gehandelt habe. Wenn Franz Haug wirklich eine Einladung der Unternehmensgruppe erhalten hat, dann hat sich diese Geschäftsleitung wohl an der Inszenierung der Geburtstagsfeier als politische Demonstration beteiligt und den Oberbürgermeister in die geplante „Falle“ gelockt. Die Reaktionen des Herrn Dr. Zimmermann nach der Geburtstagsfeier lassen jedenfalls vermuten, dass er ein gelehriger Schüler seines „Herrn“ ist. Wer jede Kritik an den volksverhetzenden Äußerungen der Person Günther Kissels – der im übrigen viele seiner rechtsextremen Pamphlete auf Firmenbriefkopf schrieb – automatisch als Verunglimpfung der Firma und ihrer Mitarbeiter interpretiert, der zieht sich eben den Schuh an, der ihm passt und zieht damit die Mitarbeiter in etwas hinein, was sie nicht zu verantworten haben. Mit welchen unlauteren Methoden dieser Dr. Zimmermann arbeitet, belegt auch sei-

ne Verdrehung des Boykottaufrufes gegen die Geburtstagsfeier als einen Boykottaufruf gegen die Firma, sowie der Gebrauch von firmeninternen Kundeninformationen um Kissel-Kritiker in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Zur Laudatio auf den 90-jährigen durch den Volksverhetzer Gert Sudholt, der Kissels „nicht konforme Geschichtsansichten“ lobte und auf eine Stufe mit dem „Mut“ des verurteilten Holocaust-Leugner David Irving stellte, hatte Dr. Norbert Zimmermann laut Presse lediglich die „Kritik“, dass sie ihm „zu hart und soldatisch“ gewesen wäre. Er hätte eher eine „vorwärts“ gerichtete Diskussion erwartet. Wie bitte sieht Holocaust-Leugnung „soft“ und „zivilisiert“ aus, Herr Zimmermann, und wie soll eine vorwärts gerichtete Diskussion mit Leuten aussehen, die selbst die Nazivergangenheit noch notorisch schön lügen?

Überhaupt ist der größte Skandal des Kissel-Empfanges, dass bereits in der ersten Dezemberwoche etwa 400 Einladungen mit der „ungehaltenen Rede“ an die „Elite“ dieser Stadt, an Politiker, Unternehmer, Verbandsvertreter, Chefredakteure usw. verschickt wurden und aus diesem Kreis kaum jemand daran Anstoß nahm, bzw. sich nicht öffentlich empörte und schließlich „über 200 Menschen verschiedenster Institutionen dort waren“ (ST, 17.01.07). Die öffentliche Empörung war dann wieder einmal den „üblichen Verdächtigen“ vorbehalten, die sich dafür noch vom Oberbürgermeister beschimpfen lassen mussten, sie würden „eine üble Kampagne“ gegen ihn inszenieren, obwohl er sich doch für das Unternehmen, deren Mitarbeiter und die Meinungsfreiheit, die auch für Günther Kissel gelte, eingesetzt habe. Wer dies nicht könne „unterhöhle das Prinzip der Demokratie“. Souverän oder gar selbstkritisch hört sich das nun mal nicht gerade an.

Souverän jedoch ist die Haltung der so Gescholtenen, die sich trotz unterschiedlicher Meinung nicht dazu verleiten ließen, einen Demokraten und ausgewiesenen Nazigeegner wie Haug in einen Topf mit dem Auschwitzleugner, rechtsextremistischen Drahtzieher und Volksverhetzer Günther Kissel zu werfen, indem sie ihm im Rat gemeinsam mit Kissel an den Pranger stellten. Gewisse, ansonsten der CDU äußerst wohl gesonnene, Kommentatoren der auflagenstärksten Solinger Tageszeitung hätten das lieber andersherum gesehen.

Was allerdings an der ganzen Auseinandersetzung positiv bewertet werden sollte, ist die längst verschüttet geglaubte antifaschistische Grundhaltung der Solinger, die wieder einmal deutlich wurde, wenn es ums Eingemachte geht. Die SPD, auf ihrem langen Marsch weg von ihren Wurzeln, hat das diesmal wohl am deutlichsten zu spüren bekommen. Hoffentlich nachhaltig!

Frank Knoche



Die Angst der Grünen vor dem Elfmeter!

Ein Kommentar

Die gemeinsam verabschiedete Resolution des Stadtrates als Triumph gegen rechtes Gedankengut zu feiern erscheint, angesichts der teilweise sehr konstruktiven Diskussionen im Vorfeld der Ratssitzung, dürftig. So mancher Bürger, der sich in Form eines Leserbriefes kritisch zu dem Geburtstagsbesuch des OB und anderer PolitikerInnen geäußert hatte, fühlt sich angesichts des einvernehmlichen Schweigens im Stadtrat veräppelt. Dass sogar die Grünen-offene Liste die verbale Auseinandersetzung scheuen, wirkt aufgrund der Thematisierung im Vorfeld unglaublich und enttäuscht sogar das Solinger Tageblatt – wer hätte das gedacht?

Eine öffentliche Diskussion über den vermeidbaren Geburtstagsbesuch ist weiterhin notwendig, um eine tatsächliche Ausein-

dersetzung darüber zu führen, wie mit rechtem und rassistischem Gedankengut in dieser Stadt verfahren wird. Dass Kissel einer der größten deutschen Rechtsextremisten ist und dass der Nationalsozialismus „großes menschliches Leid und zahllose Opfer hervorgebracht“ hat, war bereits vor der Resolution klar. Wie allerdings mit einem Rechtsextremisten zu verfahren ist, der zugleich eines der größten Unternehmen in Solingen besitzt, bleibt weiterhin offen und unthematisiert. Eine persönliche Stellungnahme des Oberbürgermeisters Franz Haugs als höchster Repräsentant der Stadt Solingen und Schirmherr der Stolpersteinaktion in Solingen (!) steht hier weiterhin aus! Bleibt zu hoffen, dass das Schweigen hierzu keine 60 Jahre lang dauert.

Eva Thomas

Auszug aus der Erklärung des Solinger Stadtrates vom 8. Februar 2007

„ (...) Wer dies im revisionistischen Sinne wie Günther Kissel tut, wühlt die Geschichte auf, verletzt die Gefühle von Opfern, Hinterbliebenen und Verfolgten und muss harte Reaktionen akzeptieren. Wer sich seriös mit der NS-Zeit auseinandersetzt, kann die millionenfachen Opfer dieser Herrschaftsordnung und die Entrechtung ganzer Bevölkerungsteile als Fakten nicht ausblenden. Auch kann niemand ernsthaft den sogar nach damaligem Recht völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf Deutschlands Nachbarstaaten, der zu millionenfachem Leid führte, leugnen - ebenso wenig wie die Verbrechen der damaligen Staatsführung gegenüber dem eigenen Volk. Das Ergebnis waren Millionen Tote, die Zerstörung weiterer Städte und schließlich die Vertreibung aus dem früheren Osten Deutschlands.

Vor diesem Hintergrund distanziert sich der Rat der Stadt Solingen von den in der „nicht gehaltenen Rede“ Günther Kissels enthaltenen Thesen.“

Kontaktadresse:
ZukunftsWelten e.V.
 Mühlenteich 5 42653 Solingen
 Tel.:0212-59 04 01 FAX:259 25 11



Verein Ursula Haverbeck-Wetzel, Witwe des Gründers des ‚Collegium Humanum‘. Diese Organisation im westfälischen Vlotho unterhält intensive Beziehungen zum neuen Vordenker der rechten Szene, Horst Mahler, und ist regelmäßig Thema in den Verfassungsschutzberichten.“ (Solinger Tageblatt 16.1.2007)

„Zum ersten Male ist (heute) von einem hohen deutschen Gericht die Tatsache bestätigt worden, daß der Bauunternehmer Günther Kissel Volksverhetzung betreibt und darüber hinaus noch die Auschwitzlüge propagiert hat. Ferner wurde in der mündlichen Urteilsbegründung auch gerügt, daß Herr Kissel die Stellung als Chef seines Unternehmens zur Indoktrination seiner Mitarbeiter und Geschäftspartner mißbraucht.“ (Pressemitteilung von SOS Rassismus Solingen vom 09.09.1997 zum tacheles-Prozess)

„Der Bauunternehmer Günther Kissel darf seit Dienstag ungestraft ‚Volksverhetzer und Auschwitzleugner‘ genannt werden. (...) In einer Berufungsverhandlung vor dem Wuppertaler Landgericht hat die 3. Strafkammer einen Studenten von dem Vorwurf freigesprochen, den Unternehmer Kissel beleidigt zu haben. Der Kammervorsitzende bezog sich dabei auf schriftliche Ausführungen Kissels, die der Student als verantwortlicher Redakteur der Solinger Stadtzeitung tacheles im November 1995 veröffentlicht hatte. Das Blatt kam in dieser Ausgabe zu dem Schluß, bei dem inzwischen 80jährigen Besitzer eines alleingesessenen Solinger Bauunternehmens handelt es sich um ‚einen aktiven rechtsextremistischen Drahtzieher, Volksverhetzer und Auschwitzleugner‘.“ (Frankfurter Rundschau, 10.09.1997)

„Um diese Behauptung zu stützen, hatte tacheles unter anderen aus einem Rundbrief Kissels zitiert, den der Unternehmenschef ‚zur Aufmunterung‘ im Januar 1992 an seine etwa 140 Mitarbeiter verschickt hatte. Darin war von ‚Fremden‘ die Rede, die ‚schlau feixen und verstohlen first class per Jet, per Bahn und per Taxi zur deutschen Behörde‘ kämen. Die hereinströmten ‚in gewaltiger Flut‘, wofür wir ‚zahlen und zahlen und zahlen‘. Sie würden ‚lügen, betrügen und prahlen‘ und blieben dafür ‚ungeschoren‘. Zudem lebten sie ‚von unseren Moneten‘. Nach Ansicht des Wuppertaler Berufungsgerichts stellte dieses Gedicht einen eindeutigen Angriff auf die Menschenwürde dar. Durch diese Äußerungen spreche Kissel Fremden das soziale Lebensrecht ab.“ (Frankfurter Rundschau, 10.9.1997)

A g e n d a P r e i s t r ä g e r 2 0 0 0

Abzugsfähige Spenden werden erbeten auf das Konto
 ZukunftsWelten e.V. Konto 5251269 BLZ 342 500 00 Stadtparkasse Solingen

„Auf allen Fahrzeugen des Bauunternehmens klebten damals Plaketten mit der Forderung nach Freilassung von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß, der als Kriegsverbrecher in Spandau einsaß.“ (WDR Radio 5 „Westblick“, 19.9.1997)

Der NRW-Innenminister erklärte in der Beantwortung einer Großen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW am 7.5.2001 (Nordrhein-Westfalen Drucksachen 13/1146): „Kissel ist auch als Spender für rechtsextremistische Parteien bekannt geworden.“

„Der Solinger Unternehmer Günter Kissel ist in Weimar mit der ‚Helmut-Sündermann-Medaille‘ ausgezeichnet worden. Verliehen wurde diese Medaille erstmals vom ‚Druffel-Verlag‘ unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden der neofaschistischen ‚Gesellschaft für freie Publizistik‘, Gert Sudholt. Der ehemalige stellvertretende Reichspressechef der NSDAP Helmut Sündermann war Gründer des ‚Druffel-Verlages‘.“ (22.11.2002, vvn-bda.de)

Der Verleger Gert Sudholt hielt die Laudatio auf Kissels Geburtstagsfeier zum 90ten. Darüber schrieb das Solinger Tageblatt am 15. Januar 2007: „Dafür hielt Dr. Gert Sudholt aus Oberbayern eine Laudatio auf den Jubilar. Der Verleger, dem wie auch Kissel geschichtsrevisionistische Tendenzen vorgeworfen werden, zeichnete Kissels Leben nach und lobte dessen Förderung der Erforschung ‚nicht konformer Geschichtsansichten‘ und stellte den Mut des Solingers auf eine Stufe mit dem ‚Engagement‘ von Personen wie David Irving – einem verurteilten britischen Holocaust-Leugner.“

„1997 sprach das Landgericht Wuppertal einen Redakteur der Solinger Zeitung ‚tacheles‘ frei, der Kissel als ‚Auschwitzleugner‘ und ‚rechtsextremistischen Drahtzieher‘ bezeichnet hatte. Der Richter bezog sich unter anderem darauf, dass Kissel im Vorwort des Buches ‚Deutschland und die Kriegsursachen‘ schrieb: ‚Als gesetzestreuere Bürger darf ich zum Beispiel an der berühmten 6-Millionen (Holocaust) Zahl nicht zweifeln, sonst sperrt man mich ein und das hätte ich gar nicht so gerne. Aber muß ich dann auch gesetzestreuere daran glauben?‘ Den Solinger Brandanschlag von 1993 bezeichnete Kissel in einem Brief als ‚Türkenbrand mit Todesfolgen‘“ (WAZ vom 04.10.2006)

Entnommen der Begründung des Ratsantrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen-offene Liste vom 25.1.2007

EIN LÄNGST ÜBER-FÄLLIGES AUFWACHEN

Ein Kommentar

Seit über 30 Jahren konnte der rechtsextremistische Bauunternehmer Günther Kissel ungestört seine Propaganda in dieser Stadt verbreiten. Als er 1979 seine Firma zur Einladung des Holocaustleugners David Irving nutzte, kamen brav eine ganze Reihe Ratsmitglieder. Als er im selben Jahr einen Leserbrief zu Verherrlichung der Waffen-SS schrieb, wurde dieser selbstverständlich abgedruckt. Als er 1984 mit Firmenbriefkopf den verurteilten Holocaust-Leugner, ehemaligen SS-Sonderführer mit Standort Auschwitz und Herausgeber des Buches „Die Auschwitzlüge“, Thies Christophersen, als „charaktervollen Menschen“ bezeichnete, wurde darüber hinweg gegangen. Als er jahrelang seine Mitarbeiter zwang, in Firmenwagen mit Aufrufen zur Freilassung des Stellvertreters von Adolf Hitler, Rudolf Heß, durch die Stadt zu fahren wurde das akzeptiert. Als er 1991 im rechtsextremen Türmer-Verlag ein vierseitiges Geleitwort veröffentlichte, das mit den Worten beginnt „Meinen Mitarbeitern der Firma Kissel-Rapid, meinen Freunden und Geschäftsfreunden und vor allen Dingen der Jugend möchte ich dieses Buch zur Lektüre empfehlen“ und weiter ausführt „Als Angehöriger der Kriegsgeneration erlebe ich seit Jahrzehnten die Fortsetzung der Verbreitung von Greuelmärchen aus der alliierten Kriegspropaganda. (...) Als gesetzestreuere Bürger darf ich zum Beispiel an der berühmten 6-Millionen (Holocaust) Zahl nicht zweifeln, sonst sperrt man mich ein und das hätte ich gar nicht so gerne. Aber muß ich dann auch gesetzestreuere daran glauben?“ wurde dies als Aussage eines alten Mannes gewertet, eines ewig Gestrigen, zu dem man sich nicht verhalten musste. Als er 1994 in die Räume der Firma Kissel-Rapid einlädt, um hier den „Verein Gedächtnisstätte“ mit engsten Verbindungen zur Holocaustleugner-Szene zu gründen, hatte man nicht hingeschaut. Als 1997 das Landgericht Wuppertal urteilte, dass er ungestraft „rechtsextremistischer Drahtzieher, Holocaustleugner und Volksverhetzer“ genannt werden kann, ging es niemanden was an. Als das NRW Innenministerium 2001 erklärte, dass Kissel mehrfach als Spender für rechtsextremistische Parteien bekannt geworden ist, änderte das nichts. Als er 2007 mit einer den Holocaust verharmlosenden und die deutsche Kriegsschuld abstreitenden „ungehaltenen Rede“ zum neunzigsten Geburtstag einlud, kamen nicht nur seine Mitarbeiter brav, auch die Honoratioren von CDU, SPD

und FDP waren dabei. Und ununterbrochen wiederholten und wiederholen sie das Mantra von der Trennung von der Person und seinen Firmen, mit der/denen man aber natürlich Geschäfte machen konnte und könne.

Es geht nur mittelbar um Haug und Co., es geht um das ungestörte Agieren eines der mächtigsten Männer dieser Stadt, der zugleich ein Holocaustleugner, Volksverhetzer und Finanzier der Naziszene ist. Dieser Nazi-finanzier hat seit Jahrzehnten die Stadt so sehr im Griff, dass er sich zum Obermeister (Vorsitzenden) der Solinger Bauinnung wählen lassen konnte; als diese sich mit zwei anderen Innungen zur Baugewerbe-Innung zusammenschloss wurde selbstverständlich er zum neuen Obermeister gewählt, zurzeit ist er Ehrenobermeister besagter Handwerker-Innung.

Es fällt mir schwer, den Nazifinanzier von seinen Firmen zu trennen. Gemäß Akteneinsicht vom 31.10.2006 beim Handelsregister Wuppertal ist er einziger Eigentümer der Gesellschafteranteile bzw. einziger Kommanditist aller seiner Firmen. Somit kann er die Entscheidungen über die Verwendung der Gewinne und über die Nutzung seiner Firmen für die politische Agitation völlig souverän, auch gegen den Willen seiner Geschäftsführer, treffen. Dass er jederzeit bereit und in der Lage ist, seine Firma für seine rechtsextreme Propaganda zu nutzen, hat er umfassend bewiesen.

Es ist also erst ein kleiner Schritt, wenn der Stadtrat sich am 8. Februar 2007 einstimmig von Kissels „ungehaltener Rede“ distanziert hat, nachdem erstmalig auch in den Solinger Medien breit über dessen rechtsextreme Haltung berichtet wurde. Dieser Beschluss ist die erste öffentliche Distanzierung des Solinger Stadtrates von Günther Kissel.

Aber es ist ein wichtiger, längst überfälliger und nicht zu unterschätzender Schritt, dem weitere folgen müssen und hoffentlich werden: Dieser Mann kann nicht länger der Ehrenobermeister einer wichtigen Solinger Handwerkerinnung bleiben. Jeder, auch jeder private Bauherr, muss sich überlegen, ob er es unterstützen will, dass Günther Kissel mit den Gewinnen seiner Firmen weiterhin Rechtsextremisten finanziert.

Dietmar Gaida



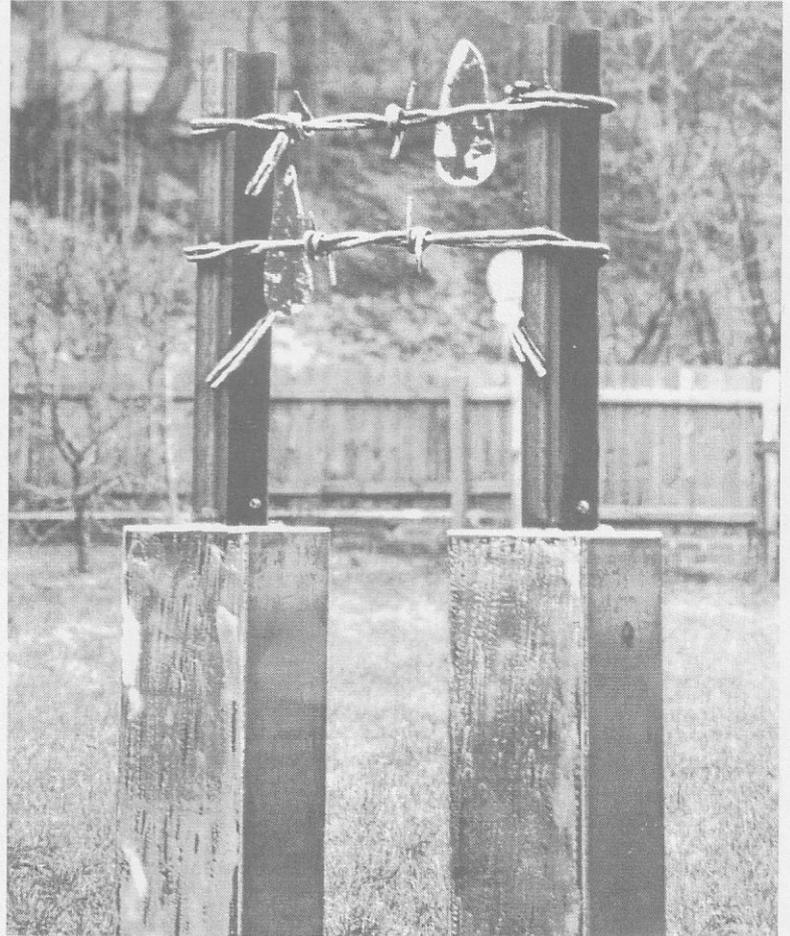
GEGEN DAS VERGESSEN!

Mahnmal an der Korkenziehertrasse erinnert an die Deportation und Ermordung der Solinger Sinti

Am 5. März 1943 wurden sämtliche noch in Solingen lebende Sinti aus den Baracken Wörthstraße und Potshauer Straße in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Dem organisierten Völkermord an den „Zigeunern“ fielen mindestens 55 Angehörige der Familien Meinhardt, Reinhardt, Steinbach, Straub, Wagner und Weiß zum Opfer.
(Text auf dem Mahnmal)

Die Sinti wurden von den Nationalsozialisten zusammen mit den Roma unter dem Begriff „Zigeuner“ verfolgt und mit dem Ziel der Vernichtung in Konzentrationslager deportiert. In Solingen lebten zur Zeit des Nationalsozialismus nach bisherigen Recherchen des Stadtarchivs zwischen 60 bis 100 Personen der Sintifamilien. Sie wurden in Solingen in zwei Zwangsunterkünften zusammengefasst und von dort in die Vernichtungslager deportiert. Von diesen Familienangehörigen wurden durch die Nationalsozialisten ca. 60 bis 80 Kinder, Frauen und Männer umgebracht. Sie haben damit als Solinger Bevölkerungsgruppe den größten Anteil an der Verfolgung unter den Nationalsozialisten erlitten. Das längst überfällige Sinti-Denkmal wurden nun auf Initiative des „Unterstützerkreis Stolpersteine“ von der Solinger Jugendhilfe-Werkstatt nach einem Entwurf von Heinz Siering im Rahmen eines Jugendprojektes erstellt und soll am 4. März im Rahmen einer Gedenkfeier als Schenkung der Stadt Solingen übergeben werden. Es steht dann in unmittelbarer Nähe der ehemaligen Zwangsunterkünfte der Sintifamilien an der Potshauer Straße. Im Mai diesen Jahres werden an diesem Ort voraussichtlich auch von Gunter Demnig die ersten Stolpersteine für die Opfer der Familien verlegt.

et



Das Mahnmal an der Korkenziehertrasse (hier noch ohne Aufschrift)

Arbeitsgemeinschaft
ganzheitliche Psychotherapie



Psychodrama, Sozialtherapie,
Supervision, Coaching,
Gestalttherapie, Ausbildung

Beratung, Psychotherapie, Supervision,
Gruppenabende, Aus-/Weiterbildung

Schauen Sie doch mal meine Homepage an: www.friedel-geisler.de

oder rufen Sie mich an:

montags – donnerstags in der Zeit von 12.00 bis 13.00 Uhr;
zu anderen Zeiten wird Ihre Nachricht aufgezeichnet: Tel. 0212/273 478.

Friedel Geisler

Psychotherapeutin (HpG)

Psychodrama-Ausbilderin DAGG/DFP, Supervision DGSv, Theologie, Dipl.-Rel.-Päd.

Könrad-Adenauer-Str. 21, 42651 Solingen

Telefon 0212/273 478, Fax 0212/273 479

eMail: friedel.geisler@t-online.de

Internet: www.friedel-geisler.de

Internationaler Frauentreff

Frauencafé Courage

Klemens-Horn-Straße 3, Tel.: 273635



Öffnungszeiten:

dienstags alle 14 Tage: 17-19 Uhr

freitags: 13-15 Uhr

außerhalb der Öffnungszeiten kann das Café für
Veranstaltungen und Feste gemietet werden.

Kurz und knapp

NEUES VON ARGE UND HARTZ IV

200 ALG-II-Empfänger leben mit Lebensmittelgutscheinen

Von der diskriminierenden Gutscheinpraxis sind in Solingen nach Angaben der Sozialverwaltung 200 ALG-II-Empfänger betroffen. In der Regel bekommen sanktionierte Arbeitslose solche Lebensmittelgutscheine als Ersatz für Geldleistungen. Immer weniger Geschäfte sind allerdings bereit, solche Gutscheine anzunehmen. Außerdem ist es bedeutend schwieriger, mit Gutscheinen preisbewusst einzukaufen.

Hartz-IV-Behörde gibt 1,6 Millionen zurück

Im Jahr 2005 investierte die Solinger Hartz-IV-Behörde nur 59 Prozent der ihr zur Verfügung stehenden Finanzmittel in Integrationsmaßnahmen. Als Grund für diese mangelnde Nutzung der vorhandenen Mittel wurden feh-

lendes und nicht ausreichend qualifiziertes Personal bei der ARGE angegeben. 2006 wurden immerhin 80,5 Prozent der Integrationsmittel eingesetzt.

Allerdings bedeutet dies, dass immerhin noch 1,6 Millionen zurückgegeben und nicht für die Beschäftigungsförderung genutzt wurden.

2007: ARGE setzt auf Ein-Euro-Jobs, Kombi-Lohn und Zeitarbeitsfirmen

9.450.000 Euro will die Solinger Hartz-IV-Behörde in 2007 für Integrationsmaßnahmen für ALG-II-Empfänger ausgeben. Neben 600 Ein-Euro-Jobs sollen 230 zusätzliche Kombi-Lohn-Maßnahmen über einen neu eingerichteten Arbeitgeberservice und die verstärkte Zusammenarbeit mit Zeitarbeitsfirmen zu einer Verbesserung der Beschäftigungsförderung beitragen. Eine Bilanz oder einen Geschäftsbericht über die Wirkung der Maßnah-

men in 2006 legte die ARGE bis jetzt nicht vor. Dies soll auf Bitten der Grünen allerdings nachgeholt werden.

Nur 34 Plätze für etwa 4000 Analphabeten

Rechnet man die bundesweite Zahl der Analphabeten in Deutschland auf die Einwohnerzahl von Solingen herunter, müsste es hier etwa 8000 Analphabeten geben. Da das einfache Herunterrechnen solcher Zahlen sehr ungenau ist, wird unterstellt, dass es sich um mindestens 4000 handeln könnte. Auf Anfrage der grün-offenen Ratsfraktion gab die Verwaltung jetzt bekannt, dass es in Solingen 24 Plätze (2006 = 27 Plätze) in von der ARGE finanzierten Alphabetisierungskurse für ALG-II-Empfänger gibt. Seitens der Volkshochschule kommen noch zehn hinzu.

FK

Solinger Appell/Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Neues Zuwanderungsgesetz, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3 42655 Solingen

solinger-appell@operamail.com Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage



amnesty
international



Sektion der
Bundesrepublik
Deutschland e.V.
Bezirk 3560
Gruppe 1424

Helmut Eckermann
Burger Landstraße 19
42659 Solingen



FÜR DAS GANZE BLEIBERECHT –

Schluss mit dem Angstzustand „Duldung“

„Das Recht, das für die zweihunderttausend Ausländer gilt, die seit Jahren als „Geduldete“ in Deutschland leben, ist ein einziges Desaster; es ist ein Recht das Unglück schafft, ein Recht das Menschen verzweifeln lässt.“ (Süddeutsche Zeitung, 16.11.2006, Seite 4)

In Solingen leben zur Zeit 557 Personen mit einer Duldung. Nach Aussage der Ausländerbehörde ist es nach dem Erlass der Innenministerkonferenz vom November 2006 für etwa 354 Personen möglich, einen Antrag zu stellen, um perspektivisch eine 2-jährige Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. 200 Anträge sind bis Februar von Betroffenen gestellt worden. Keiner hat bis dato eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Viele Hürden müssen von den AntragstellerInnen noch überwunden werden, um tatsächlich in den Genuss einer zweijährigen Aufenthaltserlaubnis zu kommen. Eine Schwierigkeit besteht beispielsweise darin, dass **keine generelle Arbeitserlaubnis** erteilt wird, sondern eine Erlaubnis weiterhin nur für eine bestimmte Arbeitsstelle gilt. Weiterhin werden die Betroffenen von der Ausländerbehörde zur Arbeitsagentur geschickt, um sich eine entsprechende Bewilligung zu holen. Vorher muss natürlich die entsprechende Arbeit gefunden sein und der Arbeitgeber muss die Stelle so lange frei halten, bis alle notwendigen Unterlagen vorliegen... hier muss nicht weiter erklärt werden, wie schwierig es für die Betroffenen sein wird, tatsächlich eine Arbeitsstelle nachzuweisen, mit der sie zudem ihren Lebensunterhalt sichern können.

„Zu fragen wäre aber, ob in den Institutionen, die sich mit Einwanderung und Einwanderern im weitesten Sinne befassen, Rassismus gleichsam ‚haust‘, ob also Rassismus bestimmten Institutionen inhärent ist. Das wird oft schlankweg bestritten oder auch geleugnet. Dies fällt deshalb auch leicht, weil Institutionen dazu neigen, Rassismus zu normalisieren, in dem sie die Praxen, mit denen Einwanderer traktiert werden, als völlig selbstverständlich und daher auch als ‚normal‘ erscheinen lassen“ (2002, Jäger & Jäger)

Sollten die einen oder anderen jedoch eine Arbeitsstelle finden, mit der sie sich und ihre Familie ernähren können, müssen sie dies auch noch in zwei Jahren nachweisen können, damit ihre (potentielle) Aufenthaltserlaubnis verlängert wird.

203 Fälle sind negativ beschieden

Viele in Solingen lebende „geduldete“ Personen werden jedoch durch die neue Gesetzgebung keinerlei Vorteile genießen. 135 Personen erfüllen die erforderlichen Aufenthaltszeiten von 6 oder 8 Jahren nicht. 35 Personen sind „straffällig“ geworden (dies können z.B. auch Delikte sein, wie zum Beispiel Verstöße gegen die „Residenzpflicht“), wobei hier zu bemerken ist, dass nun in der deutschen Gesetzgebung wieder klammheimlich die „Sippenhaft“ eingeführt wurde, d.h. dass nun eine ganze Familie von Abschiebung bedroht ist, auch wenn nur ein Familienmitglied „straffällig“ geworden ist.

„(Es) lassen sich weite Teile des hegemonialen Einwanderungsdiskurses, wie er sich zur Zeit in Gesetzen niederschlägt, insbesondere im Ausländergesetz (Zuwanderungsbegrenzungssetzung), im Asylgesetz und im Asylverfahrensgesetz, als nicht vereinbar mit Verfassung und Menschenrechten nachweisen“ (2002, Jäger & Jäger).

Weiteren 37 Personen wird „Täuschung“ oder „fehlende Mitwirkung“ bei der Beschaffung von Ausweispapieren und Dokumenten vorgeworfen. Es wurde in den Medien schon oft über solche Fälle berichtet: staatenlose Libanesen, die einst über die Türkei einreisten - aber weder türkisch sprechen noch sonst irgendwelche Wurzeln in die Türkei haben - sollen nach Wunsch der Ausländerbehörde eine türkische Identität annehmen, (was dann eine Abschiebung in die Türkei ermöglichen würde). Andere Flüchtlinge sollen Pässe oder Identitätsnachweise von Staaten beschaffen in, denen sie zuvor der Verfolgung und/oder Unterdrückung ausgesetzt waren. Entsprechende Konsulate dokumentieren noch nicht einmal den Konsulatsbesuch der „Mitwirkenden“, und wer dann keinen „glaubwürdigen Zeugen“ für solch einen Konsulatsbesuch nachweisen kann, hat schlechte Karten. Einige dieser geduldeten Personen erhalten auch nach 20 Jahre Leben in Deutschland von der Solinger Ausländerbehörde nur sehr kurzfristige Duldungen von ein bis sechs Monaten!

Was wir erreichen wollen, ist ein Bleibe-

recht für alle, unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsdauer. Als Schritte auf dem Weg dorthin fordern wir:

- Alle 190.000 Menschen in Deutschland mit "Duldungs"-Status müssen umgehend ein Bleiberecht bekommen!
- Statt einem einmaligen "Gnadenerlass" mit Stichtagsregelung muss es einen dauerhaft verankerten Rechtsanspruch auf Bleiberecht geben, der auch später Eingereisten ein "Hineinwachsen" in ein Aufenthaltsrecht ermöglicht.
- Geldstrafen, mangelnde Mitwirkung an der eigenen Abschiebung oder mangelnde Sprachkenntnisse dürfen niemanden vom Bleiberecht ausschließen. Ein Arbeitsnachweis darf keine Bedingung für ein Bleiberecht sein.
- Für alle Kinder und Jugendlichen und ihre Familien, Kranke, Alte und traumatisierte Menschen muss es ein Bleiberecht geben.
- Alle seit dem 23.06.2005 – seit dem ersten Appell zur Innenministerkonferenz in Stuttgart – abgeschobenen Menschen, die unter die Neuregelung fallen, müssen zurückkehren dürfen.
- Eine Bleiberechtsregelung im Bundestag darf nicht mit anderen ausländerrechtlichen Verschärfungen erkauf werden!
- Schluss mit Abschiebungen!

(Solinger Appell – Forum gegen Krieg und Rassismus)

Literatur: Siegfried Jäger und Maragarete Jäger (2002): Das Dispositiv des Institutionellen Rassismus. Eine diskurstheoretische Annäherung. In: Konjunkturen des Rassismus. Alex Demrovic und Manuela Bojadziej (Hg.). Münster

**Garten
gestaltung
& -pflege**

**Thomas
Wendt**

0212
81 73 73

NATURSCHÜTZER TROTZEN SELBSTHERRLICHEM POLITIKER

Auszug aus dem Landschaftsbeirat nach willkürlicher KandidatInnenaufstellung

Im August 2005 sollten nach dem damals gültigen Landschaftsgesetz zwei neue, gemeinsam ausgewählte KandidatInnen der drei Naturschutzverbände BUND, LNU und NABU für den Landschaftsbeirat (LBR) ernannt werden. Dieser besteht je zur Hälfte aus „Naturnutzern“ (Landwirte, Jäger, Imker, Stadtsportbund etc.) und eben genannten Naturschutzvereinen. Soweit so gut, da BUND, NABU und RBN (als Mitgliedsverein in der LNU) in Solingen sehr gut zusammenarbeiten, in der Vergangenheit u.a. die Bio-Station Mittlere Wupper gegründet haben und seit Jahren ein gemeinsames Veranstaltungsprogramm organisieren. Doch wie (fast) immer hat alles Gute auch einen Haken, in diesem Fall, dass ein gewisser Bernd Krebs für die LNU tätig ist und von dieser ohne Einverständnis der Mitgliedsvereine als nicht gewählter Koordinator bestimmt wurde. Seit Jahren bekleidet er – gewählt durch die „Naturnutzer“ – nun schon das Amt des Vorsitzenden des Landschaftsbeirates und sollte bis zum besagten August 2005 für die LNU mit BUND und NABU Kontakt aufnehmen, um zwei KandidatInnen auszuwählen – doch nichts geschah. Nun suchten sich BUND, NABU und RBN alleine ihre zwei Kandidatinnen, legten – wie vom Landesgesetz gefor-

dert – diese Liste den drei Landesverbänden (incl. LNU) vor, die diese dann gemeinsam der Stadt Solingen zur Abstimmung vorschlugen. Mittlerweile im März 2006 angelangt, sollte nun im Ausschuss für Stadtplanung, Verkehr und Umwelt (ASVU) eine Abstimmung erfolgen, um die Besetzung endlich umzusetzen. Doch nun wurde auch Herr Krebs plötzlich aktiv und erreichte durch seine persönliche Intervention und seine politische Position ausnutzend eine Verschiebung bei der Stadt, die entgegen den gesetzlichen Bestimmungen auch bereitwillig zustimmte. Inzwischen hatte er nämlich eigene CDU-nahe Kandidaten gefunden, die er gerne neben sich wüßte. Schnell war auch der LNU-Vorstand weich geklopft und räumte noch einmal eine Frist zur Kontaktaufnahme mit BUND und NABU ein – doch wieder geschah nichts. Es folgte das altbekannte Spiel: Die ursprüngliche Liste wurde wieder auf die Tagesordnung des ASVU gesetzt und diesmal auf Intervention der LNU wieder gestrichen. Das Ganze gestaltete sich zu einem so ungewöhnlichen Vorgang, dass selbst der OB nun meinte, dass es jetzt aber reichen würde und dass das nächste Mal unbedingt abgestimmt werden müsse. Also wieder alles von vorne: Die LNU forderte Herrn Krebs zur Kontakt-

aufnahme mit BUND und NABU auf – und wieder einmal geschah nichts. Zur Belohnung durfte er sich aber dann vor der letzten Sitzung des ASVU nun eines Schreibens des LNU-Geschäftsführers erfreuen, in dem sein Kandidat eigenmächtig und entgegen allen Gepflogenheiten unter den Naturschutzvereinen vorgeschlagen wird.

Diese so abgeänderte Liste wurde vom Rat auf Vorschlag von Herrn Krebs und durch das Ausnutzen der zu seinen Gunsten stehenden politischen Machtverhältnisse hin gewählt – im Dezember 2006 über ein Jahr nach dem eigentlich vorgesehenen Termin für die Wahl. Als Reaktion auf diese abenteuerliche Kandidatenauswahl, zogen die BUND-, NABU- und RBN-Mitglieder unter Protest aus der letzten Sitzung des Landschaftsbeirates aus, um so die Öffentlichkeit auf die selbstherrliche Praxis eines Politikers aufmerksam zu machen.

Ach so, wer es nicht weiß – Herr Krebs ist rein zufällig nicht nur Landschaftsbeiratsvorsitzender sondern auch CDU-Fraktionsvorsitzender im Solinger Stadtrat. Nur er scheint diese Doppelfunktion nicht als Interessenkollision und Befangenheitsgrund zu empfinden.

Ernie



Wer einmal Lust auf die etwas andere Geburtstagsgestaltung hat, ist bei uns richtig. Ein Tag mit viel Spaß im Gelände und Euer Geburtstag bleibt allen in Erinnerung!
Infos unter Tel. 2309 777 RBN Naturschutz aktiv in Solingen

DIE RECHTFERTIGUNGSMASCHINE

Eine Kurzgeschichte



Ich werde mich nun zu dem Vorwurf äußern, ich wäre nicht mehr politisch aktiv, den mir überhaupt keiner gemacht hat und der auch nicht wirklich berechtigt ist, aber ich werd mich ja wohl noch zu nicht gemachten Vorwürfen äußern dürfen, hinterher sagt man mir noch nach, ich würde mich zu garnix mehr äußern.

Dabei bin ich alles andere als ein verbaler Autist, ich hab nur meistens den Kopf zu voll und bin eher damit beschäftigt, das Geschehen um mich herum nicht zu kommentieren, weil ich sowieso ein Tourette-Syndrom-ähnliches Leiden habe, was ich gerade noch halbwegs kontrollieren kann.

Das wissenschaftlich so bezeichnete „Imitieren anderer Leute (lat.)“, bei mir fallspezifisch mit einem starken Drang zur Verspottung gepaart, fällt auch darunter. Mein Leiden ist jedoch eher psychisch-verbaler Natur, aber ich bin dankbar für jede andere Laiendiagnose.

Ich habe eigentlich permanent eine passende Beleidigung für die meisten Leute um mich rum auf Lager, ob sie mich jetzt wahrnehmen oder nicht (ich selbst nehme sie jedenfalls viel zu oft viel zu sehr wahr), und nur meine angeborene Höflichkeit und der gesunde Menschenverstand inklusive der Sorge um meine körperliche Unversehrtheit bringt mich dazu, besser meist die Klappe zu halten.

Ich würde mich zwar nicht als völlig überzeugten Misanthropen bezeichnen, aber ich finde gerade bei längeren Versuchen, mir diese negative Einstellung selber auszureden, meist genau dahin zurück.

Weil es einfach so ist

Die Anderen dürfen mich gerne auch scheiße finden, ja ich hoffe bei den meisten sogar darauf, aber noch nie ist es jemandem gelungen, mir diese körperlich systemimmanente Einsicht auszureden.

Ich sag auch nicht: „Wir Menschen sind einfach überflüssig“, das ist eher die Art wie sich gern gebildete und aufgeklärte Linksintellektuelle äußern, die gleichzeitig in ihren Schuldkomplex verliebt sind, dass sie damit auch zu den „Überflüssigen“ gehören. Unnötiger Zwangskollektivismus.

Ich schließ mich bei dieser Aussage beim besten Willen nicht mit ein, und ich finde jede Menge anderer Menschen außer mir auch noch alles andere als überflüssig, die alle aufzuzählen würde uns nur unnötig aufhalten, es sei nur kurz erwähnt, dass sich mein Freundeskreis inklusive dem weiteren, einige mir persönlich unbekannte MusikerInnen und Kunstschaffende, jede Menge Leute die ich noch gar nicht kenne, meine Kinder und viele aus deren Freundeskreis, Arbeitskollegen und CDU-wählende Ärzte, jede Masse, ja schon Kohorten Verstorbener, und noch *viel* mehr, die aufzuzählen uns wie gesagt nur unnötig aufhalten würde, befinden.

Typen wie ich, männlich oder weiblich oder whatsoever, sind nicht niemals überflüssig. Sogas kann nur jemand aus der Masse der wirklich Überflüssigen behaupten. Im Gegenteil, wir müssen uns behaupten in einer Masse völlig unnötiger Mitmenschen, die uns bestenfalls mehr oder weniger toleriert, welche Gnade. Und noch dankbar sein gegenüber einer überwältigen Menge, die uns lieber tot sehen würde, aber sich noch nicht traut, das selber zu machen. Oder zum Glück auch noch dafür zu blöd ist. Noch.

Aber für die dumpfe andere Masse, die uns zu Unrecht einsame Ausnahmen sogar global gesehen quasi quallengleich umschließt, ja eigentlich sogar zu dem macht was wir sind, habe ich eigentlich nicht viel mehr als Verachtung übrig. Manchmal noch Mitleid, wenn ich grade gut drauf bin.

Leider kann man auch in näherer Zukunft Intelligenz nicht spritzen, oder eine Krankheit erfinden, die genau die Leute aussterben lässt, im Gegenteil, diese verblödete und manövrierbare Masse ist auch noch am meisten an ihrer Fortpflanzung interessiert. Täglich werden neue zukünftige Arschlöcher geboren, gezeugt von zeitgenössischen *Spackos*.

In, ich weiß nicht wie vielen Prozent der Fälle, sogar weil die einfach nur zu blöd waren zu verhüten. Aber dafür kennen die sich wenigstens mit Autos und Fußball aus, ist ja

auch wichtiger. Und mit Strähnchenfärben und Sonnenstudios und der Schuhmode und dem Fernsehprogramm.

Oder sie sind von der übergeordneten Fraktion der *Spackos in Sakkos*, und sehen den Börsenticker mehr als ihre eigenen Kinder. Sind *nie* befriedigt, weil sie Workaholics in unnötigen Berufen sind, die abends in ihre Villa fahren und trotzdem menschenunwürdig leben.

Luxuriöser und ohne es zu merken, aber genau so blöd wie die Masse unter ihnen, die denen höchstens in Gestalt der Putzfrau, des Chauffeurs, der heimlichen Geliebten oder dem Schuhputzer begegnet.

Aber die *Spackos in Sakkos* zeugen ihre Kinder immerhin geplant: da wird der zukünftige nächste Politiker, die eigene Kopie, ein Nachfolger oder Chef, oder einfach jemand anderes Unwichtiges gezeugt, weil *die* anderen das so erwarten, so wie die auch alle auch schichtenübergreifend in kollektiver Verblödung und ohne jeden Skrupel in sowas wie die Bundeswehr eintreten, den Lions Club oder Kleingärtnerverein oder die Kirche, niemals auch nur angehaucht von dem Gedanken die ganze Scheiße um sie herum evtl. auch mal als Problem wahrzunehmen.

Probleme? Ist wenn der Spritpreis steigt oder die Einkommenssteuer oder die Hausbar leer ist oder irgendein kleinkrimineller Scheiß, in den die alle immer verwickelt sind, aufliegt, meistens sowas in der Kategorie wie „Ehefrau betrogen“ oder „Millionendeal auf Kosten der dumpfen Masse“.

Mal ehrlich, so Leute sind doch Kacke, oder? Da lass ich mir nix anderes einreden.

Müsst ihr sowas nicht sogar zugeben, wenn ihr selber dazugehört? Mailt mir eure Entschuldigung, damit ich die dann unter „Spam“ aussortieren kann.

Und ihr fragt mich noch wieso ich mich nicht mehr intensiv politisch engagiere? Für wen denn, für *die*? (Deshalb, und auch aus nicht-entschuldbarer Faulheit.)

Markus K. Noche



getaway

Kottendorfer Str. 21
42697 Solingen - Ohlig

Specialparties.

Freitag, 02.03. Disco

Vorabiparty

ADS

(August - Dicke - Schule)

Start: 20.00 Uhr Eintritt: 5 Euro

Freitag, 09.03. Disco

Chocolate Club

Definition of Black Music

Start: 20.00 Uhr Eintritt: 6 Euro

Freitag, 16.03. Disco

Vorabiparty

Gymnasium Vogelsang

Start: 20.00 Uhr Eintritt: 5 Euro

Freitag, 23.03. Disco

allgemeine Oberstufen-party

Start: 20.00 Uhr Eintritt: 4 Euro

Freitag, 30.03. Disco

Vorabiparty

Gymnasium Haan

Start: 20.00 Uhr Eintritt: 5 Euro

Cocktailbar.

Freitag, 09.03. Cocktailbar

minimolix

house - electro - minimal

Start: 22.00 Uhr Eintritt: 5 Euro

Wochenprogramm.

Donnerstag Disco

die wilde 13

Rock, Pop, Alternative, Classics

& noise control

Punk, Indie, Alternative
(Cocktailbar)

20 - 21 Uhr Eintritt: frei, ab 21 Uhr 4 Euro MVZ

1. Samstag Disco

Sweet Dreams

Die Nacht der 80er!

Start: 21 Uhr Eintritt: 6 Euro inkl. Getränk

2. & 4. Samstag Disco

Midlife Crisis

Ü - 30 Party

Start: 21 Uhr Eintritt: 6 Euro inkl. Getränk

3. Samstag Disco

Herz beißt Haifisch

Start: 21 Uhr Eintritt: 6 Euro

5. Samstag Disco

90 degrees

Die Nacht der 90er!

Start: 21 Uhr Eintritt: 6 Euro inkl. Getränk

www.getaway-online.de

gruppeninfos

AG Weiße Rose:

Geschwister-Scholl-Schule, Querstr. 42

amnesty international:

Treff jeden 1. Mi. im Monat 20h, Kontakt 4 15 78

Antifa Bergisches Rheinland:

c/o Infoladen, Postfach 100931, 42609 Solingen

Anti-Hartz-Bündnis Solingen: c/o Café Courage

Arbeits-Suchenden-Treff Solingen:

Treff jeden Di. 10-12h, Ahrstr. 5-7 Kontakt: 7 77 57

bleiberecht.com: www.bleiberecht.com

Bürgeraktion Contra Westtangente:

Kontakt Tel.: 1 78 45

Café Courage: Klemens-Horn-Straße 3,

42655 Solingen, geöffnet: Mi. 15-19h, Fr. 13-15h,

Tel.: 27 36 35, Fax: 1 71 98

Café International: Treff jd. 1. Freitag im Monat,

19h, Wupperstraße 120

Cow Club: www.cowclub.de

Treff jeden Donnerstag 20h in der kantine /

COBRA, Tel.: 659 86 89,

DFG-VK Niederberg / Berg. Land: Beratung für

Kriegsdienstverweigerer,

Kontakt Hagü Weber Tel.: 7 48 09

Förderverein Freibad Aufderhöhe:

Kontakt Birgit Evertz, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

Frauengruppe International im Frauenverband

Courage:

Treff 14tg. . Café Courage Tel.: 27 36 35

Frauenhaus: Tel.: Tel.: 5 45 00

Frauen helfen Frauen: Albrechtstr. 12 Tel.: 55470

Graue Panther: Eiland 17, 42651 Solingen

Informationsbüro Nicaragua:

Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

Lesbentelefon: Mo. 20-22h, Tel.: 0202/44 08 08

Öffentlichkeit gegen Gewalt:

Kontakt: Ursel Ullmann Tel.: 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein:

www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de

Kontakt: Thomas Blos, Tel.: 230 97 77

Schwuler Stammtisch:

Jd. Fr. 20h im Cobra, Merscheider Straße 77-79

Solinger Appell/Forum gegen Krieg und

Rassismus: c/o: Café Courage,

Kontakt: solinger-appell@operamail.com

Treff: Do. 15.3.07 20 h, dann 14-tägig

Sol. Arbeitslosenzentrum SALZ:

Karstadtpassage, nahe Zugang Parkhaus (7 10 41)

SOS-Rassismus: Tel.: 20 10 00, Fax: 20 51 37

Stiftung W: www.stiftung-w.de; mail@stiftung-w.de

Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal,

tacheles: www.tacheles-solingen.de

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3,

42655 Solingen, tachelesSG@wtal.de

Tauschring: Treff jeden zweiten Mo. im Monat

(außer Sommerferien und Dez.), 19.30h, Eine-Welt-

Laden Methodist. Kirche, Friedrichstr. 39

Kontakt: SALZ, Tel.: 710 - 41/42

Türkischer Volksverein:

Van-Meenen-Straße 1, Tel.: 20 48 45

Mo.-Fr. ab 15 h. Sa. u. So. ab 12 h Café, Mi.: Saz-

Kurs 17.30 h, Fr. 18.30h Kinderfolklore

Unterstützerkreis Stolpersteine

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3,

42655 Solingen, Kontakt: Hans-Günter Koch,

Tel.:0212/ 31 81 30

VVN-Bund der Antifaschisten:

c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3,

42655 Solingen, Kontakt: Hans-Günter Koch,

Tel.:0212/ 31 81 30

AG ZukunftsWelten: Kontakt: Familie Thom,

Mohrenkamp 20, 42653 SG, Tel. 59 07 96

bürgerfunk

Soweit nichts anderes angegeben ist, beginnen sie jeweils um 19.04 Uhr auf den Wellen von Radio RSG (94,3 MHz Antenne / 99.95 MHz Kabel). Bürgerfunk aus RS und SG im Internet:

<http://www.buergerfunk.bland.de>

Hier gibt es Informationen über die Studios, Macher und Macherinnen, das Zwei-Säulen-Modell, Sendungen in RealAudio und vieles mehr. Änderungen des Programms sind aus technischen und sonstigen Gründen möglich.

01.03.2007	19:00	Kultur Cafe
02.03.2007	19:00	Hör mal
03.03.2007	18:00	Discount Radio
03.03.2007	19:00	Die Straße
04.03.2007	18:00	Blues und Gruss
04.03.2007	19:00	Full House
05.03.2007	19:00	Nah dran
06.03.2007	19:00	Radiostammtisch
07.03.2007	19:00	No. 1
08.03.2007	19:00	Radio DMW
09.03.2007	19:00	Senioren-Stimme
10.03.2007	18:00	Rückblende
10.03.2007	19:00	Urlaubsreif
11.03.2007	18:00	Bass Line
11.03.2007	19:00	Metal Inquisition
12.03.2007	19:00	WMTV
13.03.2007	19:00	Country Factory
14.03.2007	19:00	Money Money
15.03.2007	19:00	Platform FM
16.03.2007	19:00	Blues-Mobil
17.03.2007	18:00	Ohrwerk
17.03.2007	19:00	Catalpa
18.03.2007	18:00	Tier & Partner
18.03.2007	19:00	Bücher, Leser, ...
19.03.2007	19:00	Stechuhr
20.03.2007	19:00	1904
21.03.2007	19:00	Subotnix
22.03.2007	19:00	FairPlay / 2 Männer & Ich
23.03.2007	19:00	Radio JAM
24.03.2007	18:00	Film ab
24.03.2007	19:00	Hangkgeschmedden
25.03.2007	18:00	Metal Inquisition
25.03.2007	19:00	Snap
26.03.2007	19:00	Grüne Welle
27.03.2007	19:00	Kreuzblende
28.03.2007	19:00	Cowclub-Radio
31.03.2007	19:00	KBW
01.04.2007	18:00	Kulturbunt Studio Berg. Land
01.04.2007	18:00	Kulturbunt
01.04.2007	19:00	Full House
02.04.2007	19:00	Nah dran
03.04.2007	19:00	Radiostammtisch
04.04.2007	19:00	No. 1
05.04.2007	19:00	Kultur Cafe
06.04.2007	19:00	Hör mal
07.04.2007	19:00	Die Straße
08.04.2007	18:00	Bass Line
08.04.2007	19:00	Metal Inquisition
09.04.2007	19:00	WMTV
10.04.2007	19:00	Country Factory
11.04.2007	19:00	Money Money
12.04.2007	19:00	Radio DMW
13.04.2007	19:00	Senioren-Stimme
14.04.2007	18:00	Rückblende
14.04.2007	19:00	Urlaubsreif
15.04.2007	18:00	Tier & Partner
15.04.2007	19:00	Bücher, Leser, ...
16.04.2007	19:00	Stechuhr
17.04.2007	19:00	1904
18.04.2007	19:00	Subotnix
19.04.2007	19:00	Platform FM
20.04.2007	19:00	Blues-Mobil
21.04.2007	18:00	Ohrwerk
21.04.2007	19:00	Catalpa
22.04.2007	18:00	Metal Inquisition
22.04.2007	19:00	Snap
24.04.2007	19:00	Kreuzblende
25.04.2007	19:00	Cowclub-Radio
26.04.2007	19:00	FairPlay / 2 Männer & Ich
27.04.2007	19:00	Radio JAM
28.04.2007	18:00	Film ab
28.04.2007	19:00	Hangkgeschmedden
29.04.2007	19:00	KBW
30.04.2007	19:00	Grüne Welle